

## Staatssekretär Dr. Schumpeter über die Vermögensabgabe.

Gestern fand in großer Saale des Militärkasinos am Schwarzenbergplatz unter Vorsitz des Dr. Stephan Licht eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des Vereines „Währungsschutz“ statt.

Stadtrat Angermeyer als erster Redner verlangte für den Fall der Vermögensabgabe eine verschiedene Behandlung der alten Vermögen, der realen und der unrealen Kriegsgewinne.

Dr. Stark betont, im Vordergrund stehe nicht so sehr die Vermögensabgabe als solche, als vielmehr die Frage der Aufrechterhaltung jenes Wirtschaftsprinzipes, das die Wirtschaft zwar schlecht aber immer noch leben ließ. Er verlangt die sofortige Anlage eines Vermögenskatasters aller Steuerträger auf Grundlage einer Vermögensselbstoffskation.

Dr. Herling spricht im Namen deutsch-nationaler Wähler und tritt für eine Höchstgrenze der Vermögen von 5 oder 10 Millionen Kronen ein, der Ueberschuß sei zu konfiszieren. Er plaidiert für eine Vereinbarung zwischen allen Staaten, auch den feindlichen, zum Zweck einer einheitlichen, gleichartigen internationalen Vermögensabgabe.

Staatssekretär Dr. Josef Schumpeter,

von der Versammlung stürmisch begrüßt, entschuldigt sein verspätetes Erscheinen mit den Verhandlungen, die mit den Vertretern der streikenden Eisenbahner den ganzen Tag zu führen waren. Es freute ihn, der sicheren Erwartung Ausdruck geben zu können, daß ab Mitternacht der Zugverkehr wieder aufgenommen sein werde. Immer und immer wieder wende sich von der drückenden Augenlidssorge hinweg unser Blick auf die Feuerzeichen am Horizont. Aus dem Blutbade des Krieges laun erlöst, stehe dieser Staat immer vor neuen und schwereren Problemen. Aber hier heißt es, nur „Kopf hoch!“, unsere Kultur gehe so geschwind nicht unter.

Es ist nicht allein die soziale Gefahr, die uns droht, die Tatsache der Gefährdung unserer Vermögenswerte im Ausland und die Frage, ob uns eine Kriegsentschädigung auferlegt wird, belasten uns aufs schwerste. Und dennoch ist zu einer Beunruhigung kein Anlaß. — Wir stehen am Ende der Schrecken des Krieges, wenn auch dieses Ende ein sehr schmerzhaftes ist. — Doch auch dieses soll überstanden werden und einer glücklicheren Zukunft Platz machen. Und dazu soll die Vermögensabgabe ein bedeutender Schritt sein. Mit dem Mißverhältnis unserer finanziellen Lage zwischen den Ausgaben und den Einnahmen können wir nicht mehr arbeiten. Die Vermögensabgabe dient dazu, den wichtigsten Posten dieser Ausgaben abzubauen. Die Vermögensabgabe darf zu nichts anderem verwendet werden, als zum Abbau. Ziel und Verwendung sind Programmpunkte. In diesen Punkten gibt es kein Nachgeben oder Schenken. Die Vermögensabgabe will geordnete Zustände herbeiführen. Vor allem in unserer Valuta. Das geht mit einem Eingriff, der gemacht werden kann, wenn man den Leuten zurufen kann: „Beruhigt euch! Die Vermögensabgabe bedeutet die Rettung und wenn sie gezahlt ist, dann ist Ruhe.“ Er werde nicht die Politik einschlagen, alle zu beunruhigen und niemand zu beruhigen.

Vermögensabgabe und Währungsge sundung stehen in innigster Relation. Heute können wir unmöglich zur alten Parität der Krone zurückgelangen, heute handelt es sich darum, einen Wert der Krone auf eine gesunde Basis und so festzusetzen, daß keine Schwankungen eintreten.

Für die Tschechen und die Südslaven liegen die Verhältnisse viel leichter. Auch wir werden einen odus vivendi mit den Nachbarstaaten finden, wenn die Orgien des nationalen Chauvinismus ausgetobt haben werden. Vorderhand heißt es sparen. Sparen und arbeiten! Eine gesunde Industrie förde-

rungepolitik wird auch die Wirtschaft sich erholen lassen. Noch eine Besorgnis wolle er zersprengen, daß durch die Vermögensabgabe den einzelnen Wirtschaften die Kreditunterlage genommen werde. Die Vermögensabgabe werde verbunden werden mit Kreditorganisationsionen, die den Kredit vermitteln. Die bestehenden Kreditbeziehungen werden aufrecht bleiben. Das ist leichter für die Landwirtschaft, scheinbar schwerer für die Industrie, doch auch hier ohne weiteres technisch lösbar. Die Vermögensabgabe greift weniger tief in die Wirtschaft ein, als alles andere.

Der Staatssekretär erklärte weiter, die Sperrverfügungen seien nicht sein Werk. Wohl aber müsse er betonen, daß sie mit einer Amnestie verbunden sein müßten.

Der Staatssekretär kündigte an, daß er in 14 Tagen bis 3 Wochen ein Gesetz über die Vermögensabgabe fertigstellen werde, von dem er hoffe, daß es die Zustimmung des Hauses und der breiten Öffentlichkeit finden werde. Er sehe die Zukunft nicht schwarz, die Folgen eines Krieges sind heute verhältnismäßig leichter zu überwinden, als in früheren Zeiten. Wenn wir nur den Kopf nicht hängen lassen, wird es schon gut werden. (Stürmischer Beifall.)